

Energiepolitische Prioritäten und Herausforderungen aus der Sicht der Bevölkerung

(April 2019)

Im Auftrag von KernD hat das Institut für Demoskopie Allensbach eine repräsentative Umfrage durchgeführt. Im Mittelpunkt der Studie standen Fragen zur Zukunft der Energiepolitik, ihren Bestimmungsgrößen, Prioritäten und Zielen. Im Einzelnen werden die **energiepolitischen Prioritäten** der Bevölkerung, die **Einschätzung zur Versorgungssicherheit**, die größten **Herausforderungen und Risiken der Energiepolitik** sowie die **Verantwortungszuweisung für energiepolitische Entscheidungen** abgefragt.

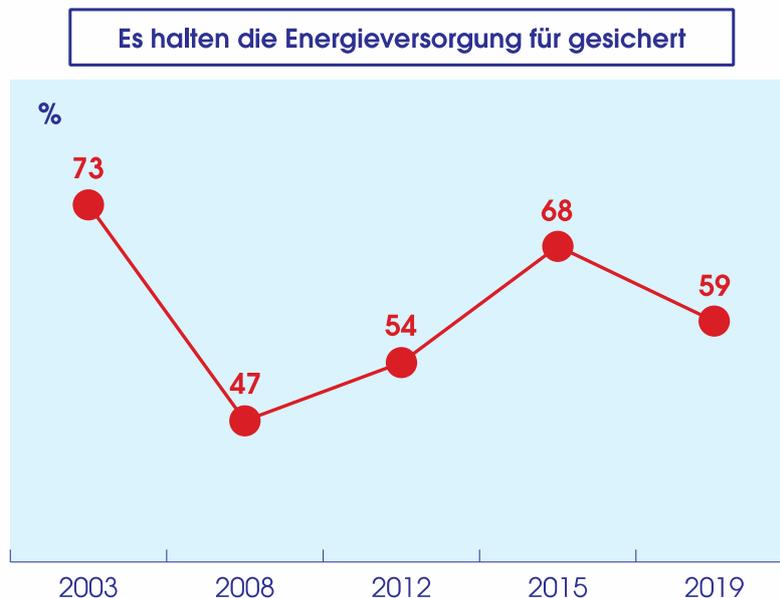
Die Untersuchung stützt sich auf insgesamt 1.713 Face-to-Face-Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre. Die Interviews wurden zwischen 1. und 15. April 2019 durchgeführt.

1 Höchste energiepolitische Priorität: Versorgungssicherheit

Einschätzung der Versorgungssicherheit schwankt: Aktuell halten 59 Prozent der Bürger die Energieversorgung für gesichert. In den vergangenen Jahren hat die Zuversicht abgenommen, gleichwohl hielt meist eine Mehrheit die Energieversorgung für gesichert. Über die Jahre ist die Einschätzung der Versorgungssicherheit dabei deutlichen Schwankungen unterworfen.

Einschätzung der Versorgungssicherheit

Frage: "Glauben Sie, dass unsere Versorgung mit Energie, also mit Strom, Gas, Heizöl und Benzin für die nächsten Jahre gesichert ist, oder fürchten Sie, dass es Schwierigkeiten bei der Energieversorgung geben wird?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12002/3787

© IfD-Allensbach

Versorgungssicherheit ist Top-Priorität: Bei der Auswahl der energiepolitischen Prioritäten der Bürger steht sehr deutlich die Versorgungssicherheit an erster Stelle. 81 Prozent halten es für besonders wichtig, dass die Energieversorgung jederzeit gesichert ist, vor dem zügigen Ausbau erneuerbarer Energien (72 Prozent) und der Nutzung von Energiequellen, die das Klima schonen (70 Prozent).

Erzeugung der Energie in der Region (45 Prozent) und der Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 (41 Prozent) rangieren demgegenüber deutlich niedriger. Noch weiter abgeschlagen sind höhere Preise für Energiearten, die die Umwelt stärker belasten (32 Prozent) und eine Politik, die Hausbesitzer zu energetischer Sanierung anhält (24 Prozent).

Energiepolitische Prioritäten der Bürger

Frage: "Worauf sollte Ihrer Meinung nach bei der Energiepolitik besonders geachtet werden?"

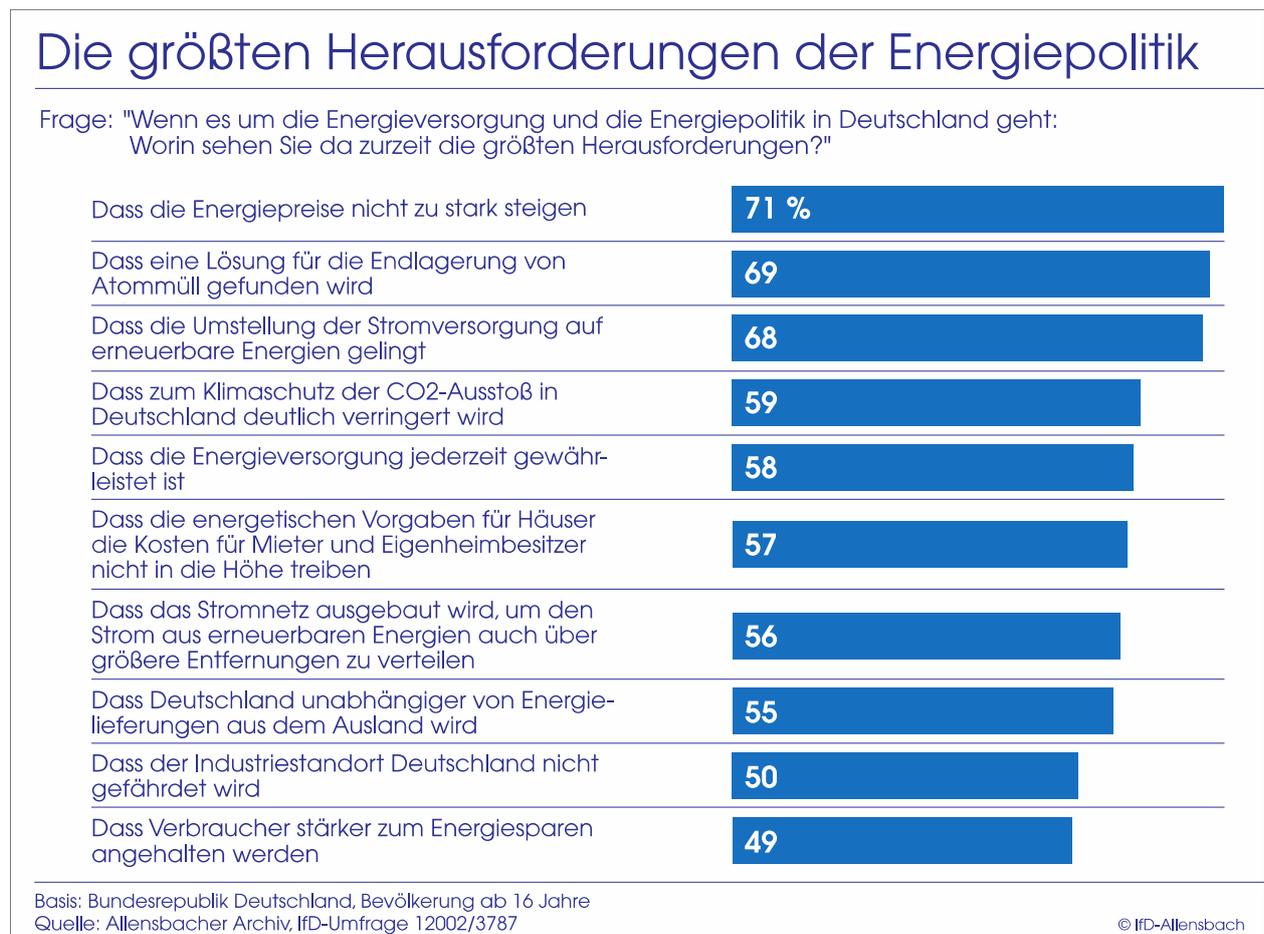


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12002/3787

© IfD-Allensbach

2 Herausforderungen und Risiken der Energieversorgung

Kosten als wichtige Herausforderung neben Versorgungssicherheit und Klimaschutz: Bei den Herausforderungen für die Energiepolitik spielen die Umstellung auf erneuerbare Energien (68 Prozent), die Verringerung des CO₂-Ausstoßes (59 Prozent) und die Versorgungssicherheit zu jeder Zeit (58 Prozent) wie zu erwarten eine wichtige Rolle. Hier tritt jedoch der Aspekt der Energiekosten stärker hervor: 71 Prozent der Befragten sehen als Herausforderung, dass die Preise nicht zu stark steigen, und 57 Prozent sehen die Herausforderung, dass die energetischen Vorgaben für Gebäude Mieter und Eigenheimbesitzer nicht zu stark belasten.



Kostensteigerung als größtes Risiko der Energiepolitik wahrgenommen: Als größtes Risiko der Energiepolitik betrachten die Befragten, dass die Energiepreise steigen (70 Prozent), an zweiter Stelle steht die Befürchtung, dass es nicht gelingt den CO₂-Ausstoß deutlich zu verringern (67 Prozent). Auf den vorderen Rängen der Risikoeinschätzung finden sich auch klassische Themen der Versorgungssicherheit wie Krisen in den Förderländern von Öl und Gas (61 Prozent) und knapper werdende Ölreserven (57 Prozent). Bemerkenswert deutlich wird mit 61 Prozent als Risiko eingeschätzt, dass die Politik keine klare Zukunftsstrategie hat. 47 Prozent sehen ein energiepolitisches Risiko darin, dass die Bevölkerung die nötigen Änderungen an der Energieinfrastruktur nicht mitträgt.

Risikoeinschätzung der Bürger

Frage: "Was glauben Sie, was sind derzeit die größten Risiken im Zusammenhang mit der Energiepolitik?"

Dass die Energiepreise steigen	70 %
Dass es nicht gelingt, den CO ₂ -Ausstoß deutlich zu verringern, um das Klima zu schützen	67
Dass es zu politischen Krisen in wichtigen Förderländern von Öl und Gas kommt	61
Dass die Politik keine klare Strategie für die Zukunft der Energiepolitik hat	61
Dass die weltweit vorhandenen Ölreserven knapper werden	57
Dass wir von Ländern, von denen wir viel Energie beziehen, erpressbar sind	54
Dass der Strom aus erneuerbaren Energien nicht zuverlässig zur Verfügung steht	49
Dass der Ausbau der Stromnetze nicht schnell genug vorangeht	47
Dass die Bevölkerung die nötigen Änderungen in der Energieinfrastruktur nicht mitträgt, z.B. den Bau von Windrädern oder Stromtrassen	47
Dass durch den Umstieg auf erneuerbare Energien viele Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren, z.B. im Kohleabbau	43
Dass Deutschland als Wirtschaftsstandort wegen der hohen Energiepreise weniger wettbewerbsfähig ist	39
Dass der zukünftige Energiebedarf nicht gedeckt werden kann	36

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12002/3787

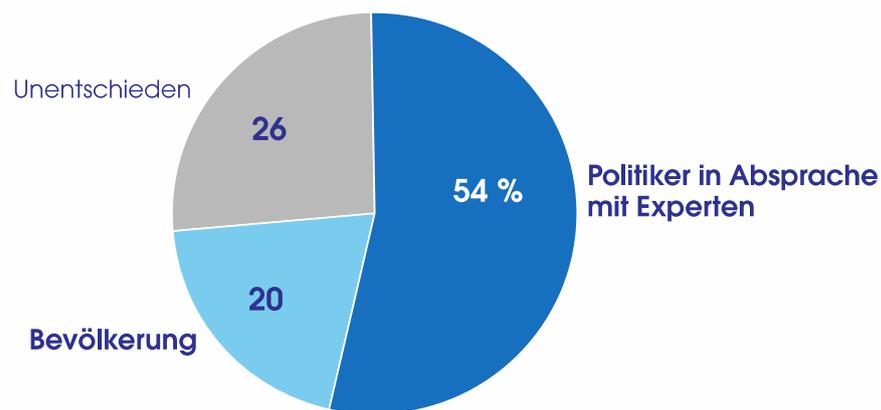
© IfD-Allensbach

3 Verantwortungszuweisung für Entscheidungen in der Energiepolitik

Deutliche Mehrheit sieht Verantwortung für Energiepolitik bei Politikern und Experten: Eine deutliche Mehrheit der Befragten von 54 Prozent sieht die Verantwortung für energiepolitische Entscheidungen bei Politikern in Absprache mit Experten. Nur 20 Prozent sehen die Entscheidungsverantwortung in diesem Politikfeld bei der Bevölkerung. Die Mehrheit geht damit davon aus, dass die komplexe Aufgabe, eine nachhaltige und verlässliche Energieversorgung zu sichern, von Politik und Experten verantwortet werden muss und nicht an die Bevölkerung übertragen werden kann.

Energiepolitik – aus der Sicht der Mehrheit die Verantwortung von Politik und Experten

Frage: "Von den Entscheidungen über die Energiepolitik hängt ja sehr viel für Wirtschaft und Gesellschaft ab. Wie sehen Sie das: Sollten Entscheidungen im Bereich der Energiepolitik vor allem von Politikern in Absprache mit Experten getroffen werden, oder sollte hier vor allem die Bevölkerung selbst entscheiden?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12002/3787

© IfD-Allensbach

Quelle:

Institut für Demoskopie Allensbach. Befragung im Auftrag von Kerntechnik Deutschland e.V. (KernD) (vormals DATF) im April 2019
Kerntechnik Deutschland, Robert-Koch-Platz 4, 10115 Berlin, info@kernd.eu, www.kernd.eu